

469176-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Rahmenvertrag Architekten & Ingenieure - Leistungsbild Objektplanung

OJ S 129/2026 08/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvertrag Architekten & Ingenieure - Leistungsbild Objektplanung

Beschreibung: Es soll ein 7-jähriger Rahmenvertrag für Architekten und Ingenieure mit bis zu 10 Rahmenvertragspartnern über das Leistungsbild "Objektplanung" abgeschlossen werden.

Kennung des Verfahrens: c14859c7-d676-43b2-ada0-b2a3922c2465

Interne Kennung: VS-2026-0069

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: verschiedene Auslandsvertretungen der BRD weltweit

2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 3 500 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle behält sich vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung von Verhandlungsrunden zu erteilen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu

wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Korruption: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Betrug: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Zahlungsunfähigkeit: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Rahmenvertrag Architekten & Ingenieure - Leistungsbild Objektplanung

Beschreibung: An den Bundesliegenschaften im Ausland sollen im Rahmen der Projektvorbereitung zur Ermittlung des Bedarfs und der Bedarfsdeckung Beratungsleistungen von freiberuflich Tätigen in Anspruch genommen werden. Zur Formulierung von Anforderungen des Nutzers, des Betreibers oder des Bauherrn an Gebäude und technische Anlagen in Form von Leitlinien oder Musterplanungen sollen ebenfalls Beratungsleistungen in Anspruch genommen werden. Für die Durchführung von einfachen Baumaßnahmen nach Abschnitt D RBBau an diesen Liegenschaften in Zuständigkeit des Bundesamtes für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) sind Planungsleistungen von freiberuflich Tätigen im Leistungsbereich Objektplanung notwendig. Hierzu soll ein Rahmenvertrag mit bis zu 10 Rahmenvertragspartnern mit einer Laufzeit von 7 Jahren ausgeschrieben werden. Näheres ist der "Anlage 1 zum Vertrag - Leistungsbeschreibung Objektplanung" zu entnehmen.
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: verschiedene Auslandsvertretungen der BRD weltweit

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 84 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.5. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 3 500 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Die zu beauftragenden Planungen sollen die Umsetzungsmöglichkeiten der Barrierefreiheit an den jeweiligen Auslandsvertretungen mit berücksichtigen.

Gefördertes soziales Ziel: Zugang für alle

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis der Fachkunde im Leistungsbereich

Objektplanung für Gebäude und Innenräume i. Sinne der HOAI §34, über vergleichbare

Referenzen: mindestens 3 Referenzprojekte, die in Summe Leistungen über alle

Leistungsphasen der HOAI §34 für die u.g. Bauaufgaben beinhalten: - Gebäude, welche

mindestens der Honorarzone III zugeordnet werden - davon mindestens 1 Referenz für

Gebäude mit sicherheitsrelevanten Einrichtungen (Banken, Botschaften, Justiz o. vgl.) - davon

mindestens 1 Referenz im nicht-deutschsprachigem Ausland Als Referenzen sind Leistungen

mit Fertigstellungsdatum innerhalb der letzten 5 Kalenderjahre (rückwirkend ab 01.01.2021)

unter vollständiger überprüfbarer Angabe des Projekts sowie des Referenzgebers zu nennen.

Je Referenz müssen zwingend folgende Angaben gemacht werden: - Bezeichnung der

Referenz /Beschreibung der Leistungen und Anforderungen - Angaben zum Auftraggeber

einschließlich Auskunftsperson (Name, Telefon-Nr., E-Mail-Adresse) - Angabe zum

Vertragsverhältnis (Hauptauftragnehmer, Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft,

Unterauftragnehmer und ggf. Anteil am Auftrag) - Ausführungszeitraum und Auftragsvolumen

und Ausführungsort - eingesetzte Vollzeitäquivalente Bitte beschreiben Sie die erforderlichen

Referenzen im Abschnitt 7 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx".

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber sichert zu, dass die Mitarbeiter des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, ein englisches sprachliches Niveau von mind. B1 haben. Bitte nehmen Sie hierzu Stellung im Abschnitt 6 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx".

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber sichert zu, dass die Mitarbeiter des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, sich bereit erklären, weltweit eingesetzt zu werden. Bitte nehmen Sie hierzu Stellung im Abschnitt 5 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx".

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es ist eine Mindestmitarbeiterzahl inkl. der Geschäftsführung von durchschnittlich 3 innerhalb der letzten 3 Kalenderjahre gefordert. Bitte nehmen Sie hierzu Stellung im Abschnitt 4 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx".

Benennung der Anzahl und Kategorie (leitende Kräfte, technische Kräfte, sonstige Mitarbeitende). Bei Bietergemeinschaften und Nachunternehmern werden die Zahlen addiert. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bitte geben Sie im Abschnitt 1 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx" an, welche Teile des Auftrags Sie unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigen: - Angabe des Leistungsbereiches und des vorgesehenen Anteils am Auftrag sowie Name des Nachunternehmens im Falle von Eignungsleihe.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber sichert zu, dass er sowohl die separate "Vertraulichkeitserklärung" als auch die "Erklärung Geschäftsgeheimnisse" zur Kenntnis genommen und bestätigt hat. Bitte tragen Sie Ihre Antworten dazu in Abschnitt 3 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx" ein. Beide Erklärungen verbleiben beim Bewerber / bei der Bewerbergemeinschaft. Der Bewerber sichert zu, dass für mindestens eine Person, die er für die Erfüllung von über den Rahmenvertrag abgerufenen Einzelaufträgen einsetzt, eine erfolgreiche Sicherheitsüberprüfung zum Ü2-Level gemäß Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) vorliegt bzw. diese Person bereit ist, sich einer ggf. erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Ü2-Level gemäß Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) zu unterziehen. Der Bewerber erklärt sich zur entsprechenden Mitwirkung bereit und übermittelt auf Anfrage die persönlichen Daten seiner Mitarbeiter*innen über das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten dem Bundeskriminalamt. Die "Eigenerklärung zur Sicherheitsüberprüfung eigener Beschäftigter" ist zusammen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Darüber hinaus nehmen Sie hierzu bitte Stellung im Abschnitt 5 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx".

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber erklärt, über eine Betriebshaftpflichtversicherung bei einer für den Geschäftsbetrieb in Deutschland zugelassenen Versicherung mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall - 1,5 Mio. EUR für Personenschäden - 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden zu verfügen. Ein entsprechender Nachweis ist erst nach Aufforderung einzureichen. O D E R Der Bewerber erklärt, im Falle der Auftragserteilung unverzüglich bei einer für den Geschäftsbetrieb in Deutschland zugelassenen Versicherung eine Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall - 1,5 Mio. EUR für Personenschäden - 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden abzuschließen und nachzuweisen. Bitte tragen Sie Ihre Antwort in Abschnitt 3 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx" ein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es ist eine Mindesthonorarumsatz von durchschnittlich 240.000,00 € (netto) innerhalb der letzten 3 Kalenderjahre gefordert. Bitte nehmen Sie hierzu Stellung im Abschnitt 3 der Anlage "Teilnahmeantrag V3.docx".

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung anhand eines eingereichten Konzeptes

Beschreibung: Bewertung der konzeptionellen Herangehensweise im Auslandsbau, dargestellt anhand eines Standard-Leistungsabrufs für einen beispielhaften Standort (siehe Dokument "Aufgabenstellung Leistungsbewertung").

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Es erfolgt keine Wertung nach Preis.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 0

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=865358>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe
Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 12/08 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Keine Angabe der Vergabe von Unteraufträgen

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=865358>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 03/08/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG macht von den Nachforderungen gemäß §22 Abs. 6 VSVgV Gebrauch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mindestanforderung an das ausführende

Personal: • Nachweis der erforderlichen Qualifizierung der unter 3.1.1 und 3.1.2 des Vertrags für die Bearbeitung vorgesehene/n Person/en: Master/Dipl.-Ing. Architektur mittels

"Profilbogen Projektbeteiligter.docx" • Nachweis der Berufserfahrung von mehr als 5 Jahren

der unter 3.1.1 und 3.1.2 des Vertrags für die Bearbeitung vorgesehene/n Person/en im

Bereich im Bereich der Objektplanung im Sinne §34 HOAI mittels "Profilbogen

Projektbeteiligter.docx" Generelle Reisebereitschaft weltweit: Mit der Abgabe des

Teilnahmeantrags wird zugesichert, dass die Mitarbeiter des Bewerbers /der

Bewerbergemeinschaft, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, sich bereit erklären, weltweit eingesetzt zu werden.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Alle

Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verpflichten sich im Falle der Auswahl für die 2. Stufe

des Vergabeverfahrens (Angebotsphase) zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der

Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen und für die Erfüllung

sämtlicher vertraglicher und außervertraglicher Verpflichtungen gesamtschuldnerisch zu

haften. Nachunternehmer verpflichten sich zur Leistungserbringung.

Finanzielle Vereinbarung: Es gilt deutsches Recht. Der Vertragsausführung liegen die

Vergabeunterlagen und das Angebot des Bieters zugrunde. Darüber hinaus gelten die

Allgemeinen Vertragsbedingungen für Leistungen (VOL/B) sowie die Allgemeinen

Geschäftsbedingungen des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten (AGB-BFAA) in der

bei Einleitung des Vergabeverfahrens geltenden Fassung. Allgemeine Geschäftsbedingungen

des Auftragnehmers werden nicht anerkannt.

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung, teilweise mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb, teilweise ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 10

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB) Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder im Vergabeverfahren zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Teilt das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann das Unternehmen nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 bis 4 GWB). Bieter, deren Angebote nicht bezuschlagt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information der Bewerber und Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Registrierungsnummer: 991-01944-42

Postanschrift: Kirchhofstraße 1-2

Stadt: Brandenburg an der Havel

Postleitzahl: 14776

Land, Gliederung (NUTS): Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Deutschland

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Telefon: +49 3018473016315

Internetadresse: <https://bfaa.diplo.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

49cc35bb-abe1-4df2-8455-b8d586dd4226-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Das Eignungskriterium "Referenzen" wurde angepasst.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 3082cef4-a248-4ded-a101-33cd288f7753 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/07/2026 15:43:36 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 469176-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 129/2026

Datum der Veröffentlichung: 08/07/2026